

## Wahlkampf ohne Profis

Die SPD verliert ihre Organisations-Profis. Kurz vor Weihnachten hat der letzte Kampagnen-Spezialist der Bonner Parteizentrale, der stellvertretende Bundesgeschäftsführer Erik Bettermann, 47, vorzeitig gekündigt. Vor ihm hatten 25 Referenten und Abteilungsleiter den Abschied eingereicht. Bettermann, der am 3. Januar seinen Dienst als Bremer Bonn-Beauftragter im Range eines Staatsrates antritt, wollte bereits kurz nach der Berufung des Gewerkschafters Karlheinz Blessing zum Bundesgeschäftsführer die Baracke verlassen. Frustriert war Bettermann seinerzeit nach einem Gespräch mit Blessing. Er konnte dessen innerparteilichen Reformplänen („Kein Brief darf länger als 14 Tage unbeantwortet bleiben“) nichts abgewinnen. Parteichef Björn Engholm hatte Bettermann zunächst dazu überredet, bis zu den Landtagswahlen in Kiel und Stuttgart im April 1992 zu bleiben. Blessing hat nun dafür gesorgt, daß ihm auch von Abteilungsleitern des Ollenhauer-Hauses keine fachliche Konkurrenz droht. Als Chefs für Organisation und Politik, die im operativen Wahlkampfeinsatz besonders gefragt sind, berief er Organisations-Laien: den Bremer Fachhochschul-Professor Edgar Einemann und den IG-Metaller Heinrich Thiemann.



Gehentker Deserteur (1945)

## Anspruch auf Rente

Fast alle Angehörigen der während des Nationalsozialismus von deutschen Militärgerichten verurteilten und hingerichteten Soldaten haben Anspruch auf Hinterbliebenenrente. In einer kürzlich ver-

öffentlichten Entscheidung stellte das Kasseler Bundessozialgericht (BSG) in letzter Instanz fest, Hinrichtungen im Zweiten Weltkrieg „aufgrund militärgerichtlicher Verurteilung“ seien, bis auf ganz wenige Ausnahmen, „grundsätzlich Unrechtsurteile“ gewesen. Die Wehrmacht und ihre Gerichte, so das oberste Sozialgericht in der Urteilsbegründung, hätten dazu beigetragen, einen „völkerrechtswidrigen Krieg zu führen, in dem jeder Widerstand, auch der des einfachen Ungehorsams oder des Verlassens der Truppe“, mit dem Tode geahndet worden sei. Während des Zweiten Weltkrieges sind mindestens 30 000 Todesurteile gefällt und 20 000 vollstreckt worden, die meisten wegen angeblicher Fahnenflucht. Während die Justiz früher drastische Fahnenflucht-Urteile in Kriegszeiten oftmals als verhältnismäßig ansah, übten die Kasseler Richter nun eine andere Art von deutscher Vergangenheitsbewältigung. „Rückschauend“ müßten, aufgrund „neuerer Erkenntnisse und Ergebnisse der militärhistorischen Forschung“ (SPIEGEL 44/1987), solche Handlungen gegen das Nazi-Regime „als Widerstand gegen ein Unrechtssystem“ angesehen werden.

## Ost-Spionage mit West-Geld

Der frühere DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski, 59, hat das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und dessen Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) finanziell weit stärker alimentiert als bislang bekannt. In den letzten Jahren des DDR-Regimes führte Schalcks Valutabehörde „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) durchschnittlich über



Schalck-Golodkowski

400 Millionen West-Mark an den Repressions- und Spionageapparat von Erich Mielke ab. Ein Großteil der Summe stammte aus Häftlingsfreikäufen oder Provisionszahlungen, die westliche Partner Schalcks, wie der bayerische Fleisch-Multi Marox aus Rosenheim, für lukrative Ost-West-Geschäfte geleistet hatten. Aus einer jetzt bekannt gewordenen Übersicht geht hervor, daß die früher von den Stasi-Generälen Markus Wolf und Werner Großmann geleitete HVA beispielsweise mit Schalck-Geldern „Drucktechnik“ anschaffte, die die „Originaltreue nachgefertigter fälschungssicherer Paßdokumente westlicher Staaten“ garantieren sollte. Für 1,2 Millionen Mark organisierten die Mielke-Spione „Video- und Sicherungstechnik des Operationsgebietes zu Ausbildungszwecken am Original“; eine „gefährdete Quelle im Operationsgebiet BRD“ wurde mit 100 000 Mark abgesichert; 25 000 Mark gaben die DDR-Aufklärer aus, um einem Agenten „Kreditbürgschaften beim Aufbau einer beruflichen Position im Opera-



Mielke

tionsgebiet“ zu sichern. KoKo finanzierte, in Fürsorge für aufgeflogene Agenten, so auch indirekt den „Bau von Eigenheimen auf Mietbasis für Kundschafter nach zum Teil jahrelanger Haft“ in der Bundesrepublik. Schalck hatte bislang stets „verbindlich“ erklärt, in keiner Weise „mit der HVA Beziehungen unterhalten“ zu haben.